



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 26.05.2010
Az.:

9. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 10.05.2010

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Dr. Bauer, Thomas
Biller, Josef
Eichinger, Gertrud
Fischer, Siegfried
Mittermaier, Georg
Oberhofer, Michael
Parthier, Nadja
Patschky, Jürgen
Peis, Hans
Schmidt, Markus
Slawny, Manfred
Wegmaier, Alexander

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout Caroline
Fischer Heinz
Schmittner Josef (zu TOP 2)
Oeder Viola (zu TOP 3)
Mayer Elfriede (Protokoll)
Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Frau Schüller von der Fachhochschule für angewandtes Management (TOP 1)

Schulleiter Dr. Bendl vom Gymnasium Erding II (zu TOP 2)

Schulleiterin Bolay vom Sonderpädagogischen Förderzentrum Erding (zu TOP 3)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:10 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulentwicklungskonzept
Vorstellung der Schulbedarfsplanung 2020 für die Hauptschulen im Landkreis Erding
Vorlage: 2010/0671
2. Schulen des Landkreises – Gymnasium Erding II
Externe Evaluation am Gymnasium II an der Sigwolfstraße in Erding
Abschlussbericht vom 12.12.2009
Vorlage: 2010/0651
3. Schulen des Landkreises - Katharina-Fischer-Schule Erding
Grundsatzbeschluss zum Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges
Vorlage: 2010/0672
4. Bekanntgaben und Anfragen
- 4.1 Sicherheit an Schulen

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 10.05.2010



Kreisrätin Eichinger fragt zur Tagesordnung, warum der Punkt 5 „Namensgebung für das Gymnasium Erding II“ nichtöffentlich behandelt wird.

LANDKREIS
ERDING

Frau Kohout erklärt, nachdem um eine Persönlichkeit (Person, Werdegang, etc.) und auch deren Angehörige diskutiert wird, sei die Beratung nichtöffentlich geplant.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, es sei auch eine öffentliche Beratung möglich, jedoch ohne Beratung zur Person.

Mit der nichtöffentlichen Beratung besteht allgemein Einverständnis.

1. Schulentwicklungskonzept Vorstellung der Schulbedarfsplanung 2020 für die Hauptschulen im Landkreis Erding Vorlage: 2010/0671

Der Vorsitzende merkt an, bei der Schulbedarfsplanung für Hauptschulen gebe es für den Landkreis keine direkte Zuständigkeit, weil die Sachaufwandsträger für die Grund- und Hauptschulen die Städte, Märkte und Gemeinden seien. Die Schulbedarfsplanung sei auf die Hauptschulen erweitert worden, weil die Entwicklung auch Auswirkungen auf die Realschulen und Gymnasien habe. Das Gutachten könne deshalb nur zustimmend zur Kenntnis genommen werden.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Schüller von der Fachhochschule für angewandtes Management und bittet um Erläuterung.

Frau Schüller erklärt die Vorarbeiten zum Schulentwicklungskonzept. Die Daten werden laufend aktualisiert. Erst vor wenigen Minuten habe sie die Anmeldungen der 5. Klassen für das Schuljahr 2010/2011 bekommen.

Zur demographischen Entwicklung merkt sie an, der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter sinkt. Innerhalb weniger Jahre sei der Anteil von 42 % auf 38,5 % zurückgegangen. Bei den Geburten sei 2004 ein sprunghafter einmaliger bundesweiter Geburtenanstieg zu verzeichnen. Auch 2006 sei ein Geburtenanstieg aufgrund des Elterngeldes erkennbar. Ab 2007 gehen die Geburten zurück. Sie geht davon aus, dass langfristig die Geburten sinken und sich einpendeln werden.

Auf Gemeindeebene ergeben sich weniger Geburten mit einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von 1,57 %. 2007 waren z.B. in Erding noch 340 Geburten und im Landkreis 1.178 Geburten prognostiziert. 2015 werden es in Erding voraussichtlich 336 Geburten und im Landkreis ca. 1.099 Geburten sein. Diese Zahlen seien für das Schulentwicklungsgutachten interessant.

Zusätzlich zu den Geburten seien die Wanderungen von 2000 bis 2007 betrachtet worden. Für die Einwohnerentwicklung 2000 – 2008 werde ein

durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 1,02 % prognostiziert. Die Bevölkerungszahl im Landkreis Erding werde weiter steigen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Es werde z.B. in der Gemeinde Fraunberg ein Baugebiet mit 36 Parzellen im Osten von Fraunberg und in der Gemeinde Pastetten ein neues Baugebiet mit ca. 33.000 m² in Pastetten-Süd ausgewiesen. Zudem sei ein neues Gewerbegebiet in Autobahnnähe geplant.

Die neuen Baugebiete haben jedoch nur einen kleinen Einfluss auf das Schulentwicklungskonzept. Die Schätzung sei, wenn 36 Familien zuziehen, werden ein Drittel der Kinder auf die Hauptschule gehen.

Im Weiteren zeigt Frau Schüller die derzeitigen Standorte der Hauptschulen mit und ohne M-Zweig. In der Gemeinde Oberding sei auch die Montessori-Schule dabei.

Aufgrund der 5-Jahres-Planung, die jede Hauptschule mache, sei festzustellen, dass die aktuellen Schüler- und Klassenzahlen deutlich zurückgegangen seien. Der Trend zeige sich an jeder Schule. Dies haben auch die Einschreibezahlen wieder bestätigt. Die Planung zeige auch, dass 2007 224 Schüler mehr prognostiziert worden sind. 2005 waren es z.B. noch 3.087 Schüler und 2009 2.736 Schüler. 2005 waren es noch 139 Klassen und 2008 126 Klassen.

Es sei wichtig, aufzuzeigen, woher die Veränderungen von Jahr zu Jahr kommen. Dabei sei der demographische Effekt und die steigenden Übertrittsquoten in die Gymnasien und die Zusammenlegung der Teilhauptschulen zu sehen. Vorher waren z.B. Oberding, Finsing und Forstern noch Teilhauptschulen.

Im Weiteren zeigt sie anhand einer Folie die Gebäudesituation der Schulen und gibt einen Überblick über die laufenden Sanierungsmaßnahmen. Es sei mit aufgeführt, an welcher Schule es Turnhallen gibt. Zum Beispiel werden die Grund- und Hauptschule in Erding und auch die Hauptschule in Taufkirchen saniert, etc. Allgemein stammen die Schulgebäude überwiegend aus den 1960er und 70er Jahren. Überwiegend sei ein energetischer Sanierungsbedarf vorhanden, zum Teil laufen bereits Sanierungsmaßnahmen, bzw. seien geplant. Teilweise ergibt sich infolge von Ganztagesangeboten ein erhöhter Raumbedarf.

Frau Schüller zeigt die Raumsituation und die Auslastung an den Grund- und Hauptschulen.

Ein entscheidender Punkt für die Prognose seien die Übertrittsquoten. Die Berechnung basiere auf Basis der Geburtenzahlen und der Daten des Statistischen Landesamtes (Auftragsauszählung) mit dem Folgejahrgang an Hauptschülern. Im Weiteren werden die Informationen der Realschulen und Gymnasien zur Herkunftsschule der 5.-Klässler und Aussagen der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2007“ herangezogen. Weiter liegen durchgeführte Interviews mit Prof. Dr. Tippelt zugrunde.

Die Übertrittsquoten beziehen sich auf die 4.Klässler. Es seien auch die Trends bei den Verweilquoten berücksichtigt worden, weil sich eine Ver-



schiebung von 5.Klässlern hin zu Gymnasium und Realschule auswirke, denn durch den Elternwillen werden immer mehr Kinder auf das Gymnasium gehen.

Kreisrat Schmidt fragt, ob auch die Mittelschulen mit eingerechnet worden sind.

Frau Schüller antwortet, es seien zunächst die Einzelschulen betrachtet worden, um zu sehen, welche Schulen überlebensfähig seien.

Büro des Landrats
BL

Sie zeigt weiter die Übertrittsquoten aus der Grundschule bei anhaltendem Trend. 2005 waren es 33,6 % und 2009 37,1 %, ca. 4 %. Dabei sei noch nicht eingerechnet, dass noch Hauptschüler nach der 5. Klasse auf die Realschule wechseln.

Der Vorsitzende fragt, welche Bedeutung dies bei insgesamt rückläufigen Schülerzahlen und gleichbleibenden Prozentsatz habe.

Frau Schüller antwortet, ein gleichbleibender Prozentsatz mit weniger Schülerzahlen bedeutet weniger Realschüler, ein steigender Prozentsatz mit einer geringeren Schülerzahl heißt etwas weniger, aber trotzdem eine Steigerung. 2011 werde es einen sprunghaften Rückgang geben.

Bei anhaltendem Trend werden 2020 noch 1.666 Schüler auf den Hauptschulen sein. Momentan seien es noch 2.628 Schüler. Die Gesamtklassenzahl werde von 2009 129 Klassen auf 2020 86 Klassen sinken. Von der Montessori-Schule liegen keine Daten vor. Die Heimschule Wartenberg sei mit eingerechnet worden.

Die Auslastung der Klassenräume wird von 2009 98 % auf 2020 65 % sinken.

Sie erklärt weiter, die Grund- und Hauptschule Wörth werde absehbar gefährdet sein. Die Zahl der Schüler von derzeit 108 werde 2020 auf 74 Schüler zurückgehen. Das bedeutet, dass ab 2016 nur noch scheinbar die Schule voll beschult werden könne, weil in der 6. Klasse nur noch 14 Schüler sein werden und keine Klasse mehr gebildet werden könne. Das werde sich in den Folgejahren fortsetzen.

Frau Schüller weist darauf hin, aufgrund der heute neuen Zahlen haben sich für das Schuljahr 2010/2011 in der 5. Jahrgangsstufe an der Grund- und Hauptschule Wörth 20 Schüler angemeldet. Bei Erstellung der Prognose sei sie noch von 33 Schülern ausgegangen.

Der Vorsitzende betont, es könne immer nur über den aktuellen Stand berichtet werden. Gerade in diesen Wochen seien die Einschreibungen an den Schulen gewesen. Deshalb sei das Konzept auch nicht verschickt worden.

Frau Schüller merkt an, sollte der Trend anhalten, hätte die Grund- und Hauptschule Wörth schon übernächstes Schuljahr Probleme bei der Klassenbildung. Deshalb sei auch die Auswertung bei den Klassenräumen mit Vorsicht zu behandeln.



Für die Bildung einer Klasse werden max. 24 Schüler gerechnet. Wenn einzelne Klassen geteilt werden, sollte eine Klasse noch 15 Schüler haben.

Der Vorsitzende denkt, es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll sei, so kleine Klassen noch zu beschulen.

Kreisrat Schmidt fragt, wie es dann bei den Mittelschulen mit den verschiedenen Zweigen sei.

Frau Schüller antwortet, es werde in den Szenarien mit Verbundlösungen gearbeitet.

Der Vorsitzende betont, diese Verbünde seien freiwillige Vereinbarung der Schule und der beteiligten Sachaufwandsträger. Das Staatliche Schulamt bietet die Hilfestellung aufgrund der rechtlichen Zuständigkeit an. In einer Bürgermeister-Dienstbesprechung seien den Bürgermeistern die einzelnen Verbundmodelle mit den Auswirkungen vorgestellt worden. Die Entscheidung liege allein bei der jeweiligen Gemeinde.

Frau Schüller sagt, 2020 werden ungefähr ein Drittel der Klassenräume frei sein.

Der Vorsitzende meint, die Feststellung sei wichtig, weil immer wieder wegen eines Raumbedarfs an der Realschule diskutiert werde. Bei der Realschule werden eher sinkende Schülerzahlen zu verzeichnen sein. Das bedeutet, dass der Bedarf an den Gymnasien sein werde und es freie Räume an den Hauptschulen geben werde.

Frau Schüller merkt weiter an, der Trend bei der Grund- und Hauptschule Wörth zeige deutlich nach unten. Ähnliche Grafiken gebe es für jede einzelne Schule (Gesamtschülerzahl, Schülerzahl aufgeteilt in Jahrgangsstufen, Gesamtklassenzahl, Klassenzahl aufgeteilt in Jahrgangsstufen, etc.)

Kreisrätin Eichinger fragt, ob die Bürgermeister diese Zahlen auch vorliegen haben.

Frau Schüller antwortet, die neueste Fassung haben die Bürgermeister noch nicht bekommen. Sie würde gerne noch die neuesten Zahlen aufgrund der Einschreibung einarbeiten.

Der Vorsitzende sagt, das Konzept, wie es vorliegt, sollte zur Verfügung gestellt werden. Das aktualisierte Konzept sollte dann den Kreisräten und auch der Presse zur Verfügung gestellt werden.

Kreisrat Patschky denkt, es sei wichtig, die neuesten Zahlen zu bekommen.

Kreisrat Peis merkt an, auch die Bürgermeister sollten das aktualisierte Konzept bekommen, weil nicht jeder Bürgermeister zugleich Kreisrat sei. Die Bürgermeister brauchen die neuesten Zahlen, um die weiteren Gespräche, auch in den Dialogforen führen zu können. Dem stimmt **der Vorsitzende** zu.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Dr. Bauer merkt an, entscheidend sei, dass der Trend festzustellen sei und der Bedarf nicht steigen werde. Die Prognose sei so erwartet worden.

Kreisrat Oberhofer denkt, zwei Zahlen machen deutlich, dass Handlungsbedarf sei. Ein Punkt sei die Auslastung der Klassenräume. 40 % der bestehenden Räume werden künftig von der Schule nicht mehr genutzt werden.

Der weitere Punkt sei, der Landkreis Erding sei ein besonderer Landkreis, es gebe in der Bevölkerungsstruktur noch viele junge Menschen. Er denkt aber, ob ein System gehalten werden kann, darüber müsse nachgedacht werden. Von der 4. Jahrgangsstufe werde noch einmal ein Teil der Schüler wegfallen.

Kreisrätin Eichinger denkt, es sei sinnvoll, die neuesten Daten einzupflegen und dann das Konzept an die Kreisräte und Bürgermeister zu verteilen.

Kreisrat Fischer fragt, bis wann mit den aktuellen Zahlen zu rechnen sei. Es sei schon wichtig, diese abzuwarten. In der Gemeinde Isen habe sich die Situation drastisch geändert. Die Auswirkungen seien erheblich.

Der Vorsitzende denkt, aus dem Konzept sei der Trend abzulesen. Für die grundsätzlichen Überlegungen in den einzelnen Gemeinden seien die neuesten Zahlen nicht so ausschlaggebend. Das Konzept sollte in einem halben Jahr nochmals geprüft werden.

Die Situation zeigt, dass möglicherweise jetzt schnelle Entscheidungen auch im Bereich Mittelschulen nicht ganz richtig seien.

Kreisrat Oberhofer denkt, es sollte das laufende und das kommende Schuljahr berücksichtigt werden. Zum 01.04. werden die statistischen Zahlen für zwei Übertrittsjahrgänge vorliegen.

Kreisrätin Eichinger meint, wenn die Zahlen für die Entscheidung der Mittelschulen eher gebraucht werden, sollten sie zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende betont, für die Entscheidung bezüglich der Mittelschulen habe der Landkreis keine Zuständigkeit. Das sei Sache der jeweiligen Gremien in den Städten, Märkten und Gemeinden. Für die Entscheidungen haben die Zahlen keine Auswirkungen, wer mit wem einen Schulstandort bilden möchte.

Kreisrat Fischer wünscht, die aktuellen Zahlen zu bekommen. Das Konzept sollte an alle Beteiligten gleichzeitig gegeben werden. Die Diskussion in den Schulverbänden sollte aufgrund der Zahlen erfolgen.

Kreisrat Peis schließt sich der Meinung an.

Der Vorsitzende sagt, die Gemeinden befinden sich in einer besseren Position als in anderen Landkreisen, weil der Landkreis auf Vorschlag des

damaligen Schulamtsleiters Mittermaier das Gutachten in Auftrag gegeben habe. Frau Schüller sei deshalb auch in ständigen Kontakt mit dem Nachfolger, Schulamtsleiter Suhre.

Frau Schüller zeigt im Weiteren die Zusammenfassung der Prognosen. Mit der Prognose von 262 Schülern im Jahr 2020 werden der Bestand der Hauptschule Erding sowie der Hauptschulen Dorfen (278 Schüler 2020) und Taufkirchen (271 Schüler 2020) weiterhin gesichert sein.

Die Grund- und Hauptschulen Oberding, Wörth und die private Heimvolksschule Wartenberg könnten langfristig gefährdet sein. Auch die Weiterführung der Grund- und Hauptschule Finsing und Forstern sei langfristig nicht gesichert.

Mit der flächendeckenden Weiterentwicklung der Hauptschulen zur Mittelschule werden folgende Ziele verfolgt:

Eine Zusammenarbeit von Schulen, die die wesentlichen Bildungsangebote der Mittelschule nicht alleine bereitstellen können, als eigenständige Schulen in eigenverantworteten Schulverbänden,
eine flächendeckende Gewährleistung des Zugangs für Schüler an Hauptschulen zu den wesentlichen Bildungsangeboten der Mittelschule,
eine möglichst lange Erhaltung möglichst vieler Einzelstandorte im relativ engmaschigen Netz der Schulstandorte, gerade im ländlichen Raum .

Selbst die Hauptschulen Erding, Dorfen und Taufkirchen werden langfristig die Anforderungen zur Mittelschule nicht erfüllen können. Deshalb erscheinen zwei mögliche Optionen als Lösungsansatz: Verbundlösungen und die Zusammenlegung der Hauptschulen auf wenige große Standorte.

Im Weiteren erläutert sie vier Verbundmodelle.

Im Verbundmodell 1 wäre die Hauptschule Erding eigenständig. Ein Modell wäre die Hauptschule Altenerding und die Grund- und Hauptschule Oberding. Ein weiterer Verbund wäre die Hauptschule Dorfen und die Grund- und Hauptschule Isen. Die Grund- und Hauptschulen Finsing und Forstern und Wörth würden sich zusammenschließen und die Hauptschule Taufkirchen mit der Grund- und Hauptschule Wartenberg und der privaten Heimvolksschule Wartenberg.

Im Verbundmodell 2 wäre die Hauptschule Erding eigenständig. Ein Verbund wäre zwischen der Hauptschule Altenerding und der Grund- und Hauptschulen Oberding und Wörth. Ein weiterer Verbund wäre zwischen der Hauptschule Dorfen und die Grund- und Hauptschule Isen. Ein Verbund wäre zwischen der Grund- und Hauptschule Wartenberg und der privaten Heimvolksschule Wartenberg. Die Grund- und Hauptschulen Finsing und Forstern würden mit der Hauptschule Markt Schwaben kooperieren und die Hauptschulen Taufkirchen und Velden würden sich zusammenschließen.

Im 3. Verbundmodell wäre die Hauptschule Erding eigenständig. Die Hauptschule Dorfen und die Grund- und Hauptschulen Isen und Forstern würden zusammengehen. Die Grund- und Hauptschulen Oberding und Wörth und Finsing und die Hauptschule Altenerding würden kooperieren.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Grund- und Hauptschule Wartenberg und die private Heimvolksschule Wartenberg würden sich zusammenschließen und die Hauptschulen Taufkirchen und Velden.

Im 4. Verbundmodell würden sich die Hauptschulen Erding und Altenerding zusammenschließen. Die Hauptschule Dorfen und die Grund- und Hauptschulen Isen und Forstern würden kooperieren. Einen Verbund würden die Grund- und Hauptschulen in Oberding, Finsing und Wörth bilden und die Grund- und Hauptschule Wartenberg, die private Heimvolksschule Wartenberg und die Hauptschulen Taufkirchen und Velden.

Diese Modelle seien durchgerechnet und es dabei festgestellt worden, dass die Verbundlösungen 2 und 3 langfristig nicht tragfähig sein werden, weil der Verbund Wartenberg mit der privaten Heimvolksschule weniger als 200 Schüler haben werde.

Im Weiteren erklärt Frau Schüller die im Konzept aufgeführten Schülerzahlen in den Verbundmodellen 1 und 4.

Kreisrat Mittermaier fragt, ob die 2. Möglichkeit bezüglich der Mittelschulen, Standorte zu reduzieren, untersucht worden sei.

Der Vorsitzende antwortet, das sei nicht gemacht worden. Es steht dem Landkreis nicht zu, bevormundend auf die Gemeinden einzuwirken.

Kreisrat Peis glaubt, dass sich die Gemeinden durch weitergehende Untersuchungen beeinflusst und bevormundet fühlen würden. Dies wäre der Sache nicht dienlich. Die Gemeinden haben sich entschieden, nicht übereilt das Modell Mittelschule umzusetzen. Es müssen Gespräche mit den Schulverbänden geführt und Lösungen gefunden werden, die die Schüler an der Hauptschule ausbildungsfähig machen und vor allen Dingen, dass die schon bestehenden Schulgebäude auch genutzt werden. Es kann nicht sein, dass an anderer Stelle neue Schulgebäude errichtet werden müssen. Auf diesem Weg befinden sich die Gemeinden. Im Focus stehen in erster Linie die Schüler.

Kreisrat Schmidt fragt, welche Mindestschülerzahl ein Verbund braucht, um langfristig überlebensfähig zu sein.

Frau Schüller antwortet, 400 Schüler sollten es schon sein.

Der Vorsitzende ergänzt, bis 2020 sei die Prognose schon sehr unsicher. Eine Garantie könne keiner geben.

Kreisrätin Eichinger fragt, wie sich die Studie im Hinblick auf die Realschüler auswirke.

Frau Schüller sagt, langfristig werde die Zahl der Schüler etwas abnehmen, die an die Realschule gehen.

Kreisrat Wegmaier denkt, wenn die Bürgermeister ein weiteres Angebot wollen, sollte ihnen das Angebot gemacht werden.



Der Vorsitzende denkt, aus den Verbundsituationen im Konzept können bestimmte Situationen herausgelesen werden. Das Schulentwicklungskonzept könne theoretisch ein Verläufermodell für eine intensivere Zusammenarbeit sein. Die Anregung nehme er gerne zur Kenntnis. Sollten die Bürgermeister den Wunsch äußern, wäre die grundsätzliche Bereitschaft seitens des Landkreises, das Konzept erarbeiten zu lassen.

Kreisrat Fischer denkt, es dürfe das Thema zentrale Hauptschule nicht außer Acht gelassen werden. Die Diskussion bewege sich jetzt bezüglich Schulverbände.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Oberhofer denkt, es sei ein Trugschluss, es könnte ein System so gemacht werden, dass man es den Schülern anpasst. Er fragt, was wichtiger sei, dass die Schüler an das System angepasst werden oder umgekehrt. Es sei nicht richtig, Hauptschüler an wenigen zentralen Standorten zusammenzufassen. Er bittet, alles zu versuchen, möglichst kleine Einheiten zu schaffen. Alles andere wäre eine politische Bankrotterklärung.

Der Vorsitzende denkt, wenn es darum geht, durch mögliche intensivere Zusammenarbeit eine trotzdem noch flächendeckende Schulversorgung mit Hauptschulen zu ermöglichen, sei das negativ. Wenn man nicht bereit sei, an eine intensivere Zusammenarbeit zu denken, wäre die Folge, dass möglicherweise nur noch an ein paar zentralen Standorten der Schultyp angeboten werden kann. Das wäre falsch.

Kreisrat Patschky meint, die Vorstellung, dass Schüler aus Forstern in Dörfern beschult werden, könne nicht Sinn der Sache sein. Weiteres möchte er dazu nicht sagen.

Kreisrat Slawny stimmt der Aussage von Kreisrat Fischer zu. Wenn er die Zahlen sieht, stellt sich die Frage, ob es realistisch sei, 25 % der Schüler in acht Schulstandorten zu halten.

Kreisrätin Parthier stellt fest, es liegen die Zahlen vor, die langfristige Raumauslastung, die Baujahre der Gebäude und die entsprechenden Investitionen, die notwendig seien. Sie kann eine persönliche Betroffenheit erkennen. Sie fragt, inwiefern die Gemeinden die Schulen auf den aktuellen Stand bringen können. Sie stimmt auch der Aussage von Kreisrat Fischer zu.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0018-14

Der Ausschuss für Bildung und Kultur nimmt den Bericht über das Schulentwicklungskonzept 2020 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

Kreisrat Patschky fragt, wer die Präsentation nun bekommen wird.



Der Vorsitzende sagt, die heutige Präsentation werde an alle Ausschussmitglieder gegeben.

Das gesamte Gutachten (mit den heute noch aktualisierten Zahlen) werde dann allen Kreisräten und zeitgleich allen Bürgermeistern zur Verfügung gestellt.

LANDKREIS
ERDING

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Büro des Landrats
BL

2. Schulen des Landkreises – Gymnasium Erding II
Externe Evaluation am Gymnasium II an der Sigwolfstraße in Erding
Abschlussbericht vom 12.12.2009
Vorlage: 2010/0651

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und bittet Herrn Fischer um Ausführung.

Herr Fischer erklärt, 2009 habe eine externe Evaluation am Gymnasium Erding II stattgefunden. Es seien verschiedene Kritikpunkte angesprochen worden. Einige seien bereits in der Zwischenzeit erledigt worden. In ein paar Bereichen müssen sich die politischen Gremien Gedanken machen, weil es um die Bereitstellung der Mittel geht.

Zum Kritikpunkt „Die Klassenzimmer heizen sich bei Sonneneinstrahlung zu sehr auf“ merkt er an, der Verwaltung sei nicht bekannt, dass es Richtwerte gebe, wie viel Grad Celsius in einem Klassenraum vorhanden sein dürfen. Es sei Fakt, dass sich auf der Südseite gelegene Räume bei Sonneneinstrahlung stark aufheizen. Er weist darauf hin, dass 2002, beim Bau des Gymnasiums, der Einbau einer kontrollierten Lüftungsanlage abgelehnt worden sei. Kurzfristig könne daran nichts verbessert werden. Es seien bereits Vorhänge nachgerüstet worden, um eine bessere Verdunklung zu haben.

Der Vorsitzende schlägt vor, im Beschluss den 2. Satz „Seitens des Sachaufwandsträgers entsteht hieraus kein besonderer Handlungsbedarf“ zu streichen. Er denkt, von Mitarbeitern des Landratsamtes sollte zunächst festgestellt werden, ob es Richtwerte gebe. Zudem sollte mit dem Architekten geprüft werden, mit welchen Möglichkeiten eine Verbesserung der Situation erreicht werden könnte.

Kreisrat Schmidt erinnert, die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ haben einen Antrag auf eine Beschattungsanlage gestellt.

Der Vorsitzende antwortet, Außenjalousien seien bereits vorhanden. Das sei im Konzept schon enthalten gewesen. Ursprünglich waren keine Vorhänge geplant. Sie seien nachgerüstet worden, bringen jedoch nicht den Effekt für eine verringerte Raumtemperatur, sondern nur einen Vorteil bei der Nutzung des Beamers, etc.

Er erinnert, am 22.04.2002 habe der Kreistag den Beschluss „Dem Einbau einer kontrollierten Lüftungsanlage mit einer Grundlast zur Wärmeversorgung mittels Betonkernaktivierung für das gesamte Gebäude und der Un-



terkellerung der Aula zur Unterbringung der zusätzlichen Technikräume für die Lüftungsanlage mit Mehrkosten von 2.049.000 € wird zugestimmt.“ mit 47 : 12 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag von Kreisrat Reiter auf Einbau einer kontrollierten Lüftungsanlage mit einer Grundlast zur Wärmeversorgung mittels Betonkernaktivierung nur für die Klassenzimmer sei mit 46 : 13 Stimmen abgelehnt worden.

Kreisrat Schmidt fragt, ob eine Nachrüstung möglich sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, erst zu prüfen, wie heiß es im Sommer in den Klassenräumen werde. Sollten die Temperaturen unerträglich sein, müsse dies mit den Architekten beraten werden. Es sei dann zu prüfen, ob und welche vertretbaren Maßnahmen es geben würde, eine Verbesserung zu erreichen.

Kreisrat Peis denkt, es sei nicht entscheidend, wer damals für was gestimmt habe. Wichtig sei die Temperatur an heißen Tagen zu messen, ob die Situation, die so empfunden wird, unzumutbar sei. Dann sei zu prüfen, ob die Beschattung falsch konstruiert worden sei und welche Möglichkeiten es gibt, eine Verbesserung der Situation zu erreichen.

Kreisrat Dr. Bauer spricht sich auch dafür aus, den Ist-Zustand festzustellen. Er denkt, nachdem es Richtlinien für Büroarbeitsplätze gibt, dass es ähnliches auch für Schulen gebe.

Kreisrätin Eichinger berichtet, eine Querlüftung sei nicht möglich, weil die Griffe an den Türen abgeschraubt worden sind.

Herr Schmittner sagt, die Griffe seien aus Sicherheitsgründen wegen Schäden an den Oberlichtern und Balkontüren abmontiert worden. 10 Türen seien nicht zu öffnen. Die Türen seien um einpaar Millimeter gewölbt und die Beschläge ausgerissen. Die Baufirma sei nicht gewillt, diese Schäden auszubessern. Es sei ein Beweisverfahren eingeleitet worden. Ein Gutachter sei bereits vor Ort gewesen. Es werde noch ein Statiker hinzugezogen. Der Schaden könnte über 100.000 € sein. Solange die Beweissicherung nicht abgeschlossen sei, könne keine Reparatur vorgenommen werden, weil sonst keine Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden können.

Kreisrat Schmidt fragt, wann die Werte gemessen werden.

Der Vorsitzende antwortet, die Schulleitung solle mitteilen, wann es in den Klassenzimmern besonders heiß sei. Dann werde ein Mitarbeiter der Verwaltung die Temperatur feststellen.

Kreisrat Dr. Bauer denkt, die Werte müssen über einen längeren Zeitraum ermittelt werden. Er schlägt vor, auch den Betriebsarzt zu Rate zu ziehen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Temperatur in den Klassenräumen an besonders heißen Tagen festzustellen, die Situation mit dem Architekten abzuklären und das Thema dann im Ausschuss für Bauen und Energie erneut vorzustellen.



Herr Fischer merkt weiter zum Kritikpunkt „Die Unterrichtsgestaltung mit Medien gestaltet sich sehr schwierig, da sowohl Beamer und Overheadprojektoren nur eingeschränkt funktionieren ...“ an, als 2004 die Geräte beschafft worden seien, waren sie gängiger Standard und zudem erfolgte die damalige Ausstattung des Gymnasiums unter Beteiligung der Schulleitung. Die damals von der Schulleitung geforderte Ausstattung sei seitens des Sachaufwandsträgers beschafft worden.

Die technische Ausstattung der Geräte habe 2004 einem sehr guten Standard mit 2.400 Lumen entsprochen. Die derzeit von der Schule gewünschten Geräte haben eine Lichtstärke von 2500 Lumen, seien also von der Lichtleistung nur unwesentlich stärker. Inzwischen seien schon verschiedene Geräte ausgetauscht worden, der Rest werde noch folgen.

Der Vorsitzende verweist auf die Stellungnahme des Projektanten Herrn Wieder und auch eine interne Stellungnahme des Sachgebiets EDV (die Stellungnahmen wurden an die Ausschussmitglieder ausgeteilt).

Zum Kritikpunkt „Unterbringung von Klassen in Containern“ merkt **Herr Fischer** an, bis die Schüler der FOS/BOS im Frühjahr 2011 in den Neubau umziehen können sei noch eine Durststrecke zu überwinden. Es werde dann auch eine Entlastung in anderen Bereichen geben, z.B. Rückzugsgebiet für Schüler, etc.

Kreisrätin Eichinger berichtet, im nächsten Schuljahr werden drei Eingangsklassen mehr am Gymnasium sein. Alle Räume seien ausgelastet. Bis die Kellerräume genutzt werden können, dauert es noch. Sie möchte wissen, wie die Unterbringung geplant sei.

Der Vorsitzende sagt, die Schulleitungen seien für die optimale Nutzung der Räume verantwortlich. Nachdem am Gymnasium Erding II auch die FOS/BOS untergebracht sei, werden die Schulleitungen gebeten, einvernehmlich eine Lösung zu erreichen, einschließlich der weiteren Gymnasien (Anne-Frank-Gymnasium und Gymnasium Dorfen). Derzeit stehen nicht mehr Räume zur Verfügung. Auch werde es keine zusätzlichen Container geben. Er habe die Schulleitungen gebeten, Lösungen finden.

Kreisrätin Eichinger sagt, das Gymnasium Erding II befinde sich in den nächsten zwei Jahren noch im Aufbau.

Der Vorsitzende erklärt, damals sei parallel zum Anne-Frank-Gymnasium der Aufbau für ein weiteres Gymnasium vollzogen worden. Ein Teil der Schüler sei im neuen Gymnasium untergebracht worden. Die schulaufsichtliche Genehmigung für das Gymnasium Erding II sei 4zünftig ausgelegt. Das Gymnasium sei nicht für mehr Eingangsklassen erweitert worden. Es sei keine andere schulaufsichtliche Genehmigung durchgeführt oder beantragt worden. Ohne den Antrag, der von der Amtsleitung gestellt worden sei, das Untergeschoß auszubauen, gäbe es derzeit noch deutlich weniger Räume. Ursprünglich sei nur für den Teil der Mittagsbetreuung ein Untergeschoß geplant gewesen. 2003 sei dann entschieden worden, die FOS/BOS im Untergeschoß unterzubringen. Kreisrat Rübensaal habe 2002 beantragt, das Gymnasium Erding II 3zünftig zu planen.



Jetzt sei die Situation, dass noch mehr Räume gebraucht würden. Es stellt sich die Frage, wie viel mehr Räume notwendig wären, wenn die Entwicklung an den Gymnasien so anhalte.

Wenn die FOS/BOS ausziehen wird, werden 15 Klassenzimmer frei. Diese Räume seien jedoch ursprünglich nicht für das Gymnasium vorgesehen gewesen.

Es könne den Schulleitern nicht vorgeschrieben werden, wie viele Eingangsklassen sie zulassen und wie viele Anmeldungen sie annehmen. Der Sachaufwandsträger stellt die Räumlichkeiten zur Verfügung, die Schulleitungen müssen entsprechend handeln. Eine Abstimmung unter allen Beteiligten sei deshalb notwendig. Ein erstes Gespräch habe bereits stattgefunden. Die Schüler sollen in den bestehenden Räumen untergebracht werden.

Kreisrätin Eichinger sagt, es müssen also die Schulleiter die Schüler unterbringen. Für die Schaffung von weiteren Räumen müsste ein Antrag gestellt werden.

Der Vorsitzende sagt, dafür wäre der Ausschuss für Bauen und Energie zuständig. Für die Schaffung weiterer Räume seien im kommenden Haushalt keine Mittel vorgesehen.

Weiter erklärt **Herr Fischer** zum Kritikpunkt „der Schulhausgestaltung werden durch die Unterbringung der FOS/BOS-Schüler Grenzen gesetzt“, nach der Fertigstellung des neuen Schulgebäudes für die FOS/BOS im Frühjahr 2011 werde sich die Situation erheblich verbessern. Er weist darauf hin, dass derzeit nicht nur Klassen des Gymnasiums, sondern zur Hälfte auch Klassen der FOS/BOS in den Containern untergebracht seien.

Kreisrätin Eichinger fragt zu den Müllcontainern, die im Innenbereich untergebracht seien und zur Geruchsbelästigung führen, ob die Restmülltonnen nicht außerhalb untergebracht werden könnten.

Herr Fischer sagt, es sei Aufgabe der Schulleitung zu prüfen, wo dafür Platz sei.

Kreisrat Peis sagt, ihm sei aufgefallen, dass bestimmte Dinge im Evaluationsbericht enthalten seien, für die die Schulleitung zuständig sei und eine Lösung finden müsse. Es sei bei vielen Dingen fraglich, ob sie in den Evaluationsbericht gehören.

Kreisrat Fischer schlägt vor, den letzten Satz im Beschlussvorschlag wegzulassen. Bestimmte Dinge könnten dann an den Ausschuss für Bauen und Energie verwiesen werden.

Kreisrätin Eichinger sagt, eine Evaluation bedeutet das Herausarbeiten von Bereichen, die nicht optimal laufen. Es werden Entwicklungen aufgezeigt, die überlegenswert seien. Sie findet es gut, wenn der Ausschuss darüber diskutieren könne, z.B. wie die Räume im Keller genutzt werden, etc.

Der Vorsitzende antwortet, das sei dann zu entscheiden, wenn die FOS/BOS-Schüler ausgezogen seien.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Eichinger merkt an, in den Unterlagen habe sie zur Sportplatzbepflanzung gelesen, dass eine Beschattung fehlt. Sie möchte wissen, was geplant sei.

Frau Oeder antwortet, nach einer Überprüfung sei kein geeigneter Platz für eine Bepflanzung gefunden worden. Die Verwaltung habe sich gegen eine Bepflanzung entschieden, weil das Mähwerk nicht mehr wenden könnte, zudem das Laub den Sand verschmutzen würde und auch mögliche Spätfolgen durch das Wurzelwerk vermieden werden sollen.

Der Vorsitzende denkt, dass die Beschattung durch die angrenzende Wohnbebauung mit einer dreigeschossigen Bauweise, besonders auch für den Bereich der Klassenräume, ein Stück weit besser werde.

Daraufhin bringt er folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0019-14

Der Bericht zum Abschlussbericht über die externe Evaluation am Gymnasium Erding II wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen.**

3. Schulen des Landkreises - Katharina-Fischer-Schule Erding Grundsatzbeschluss zum Aufbau eines gebundenen Ganztageszuges Vorlage: 2010/0672

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und merkt an, dem Antrag habe er als Landrat mit der Einschränkung zugestimmt: „Die Einrichtung der gebundenen Ganztagesesschule erfordert mittelfristig erhebliche bauliche Investitionen. Der Antrag erfolgt daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Fristwahrung. Er ergeht unter dem Vorbehalt der späteren Zustimmung durch den Erdinger Kreistag. Wir werden Sie hiervon zu gegebener Zeit in Kenntnis setzen. außerdem gehen wir davon aus, dass nach vollständiger Einführung der gebundenen Ganztagesesschule, neben diesem Zug, nur noch ein Zug der Halbtagesesschule besteht, also die bisherige offene Ganztagesesschule entfällt.“

Schulleiterin Bolay erklärt, das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus und die Reg. v. Obb bieten drei verschiedene Ganztagesbetreuungen an: die Mittagsverlängerung bzw. die verlängerte Mittagsbetreuung für Grundschul Kinder bis einschließlich der 4. Klasse, die offene Ganztagesesschule (über 10 Jahre habe es eine dauernde sonderpädagogische Nachmittagsbetreuung gegeben) und die gebundene Ganztagesesschule, die bis 2013 aufgebaut werden müsse. Es sei der Antrag auf eine gebundene Ganztagesbetreuung gestellt worden. Sie merkt kritisch an, „dass das Ganztagesangebot nicht so unterfüttert sei, wie sie sich das wünschen würde“. Der Antrag sei gestellt worden, weil sie als Schulleiterin überzeugt sei, dass die Kinder am Förderzentrum das brauchen.

Kreisrat Peis glaubt, dass die Ganztagesbetreuung eine gute Möglichkeit sei, die Schüler zu unterrichten und zu fördern, egal ob an Hauptschulen oder Förderschulen. Das Problem sei, dass eine Entscheidung getroffen werden soll, obwohl keine Zahlen über die Höhe der Investitionen vorlie-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

gen. Bei der Einführung der Mittelschulen an den Hauptschulen haben sich die Gemeinden dahingehend verständigt, nicht übereilt ein Konzept einzuführen, ohne dass die notwendigen Informationen vorliegen. Das sei hier ähnlich. Er denkt, es wäre sinnvoller, das Angebot erst zum Schuljahr 2011/2012 einzuführen. Seiner Meinung nach wäre die Einführung zum kommenden Schuljahr übereilt. Hinzu kommt, dass die Geburtenzahlen sinken werden. Wichtig wäre es, das Konzept ausführlich und gut vorzubereiten. Mit der heutigen Entscheidung würden die anderen Gremien gebunden. Er möchte gerade im Hinblick auf den Haushalt keine Vorgaben machen, weil nicht bekannt sei, was diese Maßnahme kostet. Zudem sei jede Schulform auch von der Akzeptanz in der Bevölkerung abhängig.

Schulleiterin Bolay sagt, die Schüler brauchen einen guten Förderunterricht und sozialpädagogische Maßnahmen. Bisher habe es über viele Jahre ein gutes Angebot gegeben, das sukzessive abgebaut werden soll, wenn die gebundene Ganztagesbetreuung einführt wird. Am Sonderpädagogischen Förderzentrum waren wieder viele Anmeldungen und das sei auch der Wunsch der Eltern. Das Angebot um ein Jahr zurückzustellen, sei schwierig. Der Bedarf sei bereits festgestellt worden. Es sei eine Mensa erforderlich. Unabhängig davon müsste schon seit vielen Jahren das Lehrerzimmer ausgebaut werden, etc. Sie weist darauf hin, dass es jetzt noch Zuschüsse für die gebundene Ganztagesbetreuung seitens der Staatsregierung gebe. Für die Kinder sei das eine Chance.

Kreisrat Wegmaier unterstützt die Aussage von Kreisrat Peis und gibt seine Zustimmung zur Einführung der gebundenen Ganztagesbetreuung. Er regt an, zunächst aber die Kostenschätzung zu erfragen. Eine Verschiebung um ein Jahr sei nicht ausschlaggebend.

Schulleiterin Bolay versteht die Bedenken. Die Versorgung der Kinder könne jedoch langfristig kein Kostenfaktor sein.

Der Vorsitzende schlägt vor, zu beschließen:

Der Aufbau eines gebundenen Ganztagszuges an der Katharina- Fischer-Schule in Erding wird grundsätzlich unterstützt.

b) und c) sollte gestrichen und der Architektenauftrag vergeben werden.

Kreisrat Fischer versteht die Aussage von Kreisrat Peis. Schulische oder bildungspolitische Belange seien bisher noch nie am Geld gescheitert, das werde auch weiter so sein. Er denkt, die grundsätzliche Befürwortung sollte gegeben werden. Natürlich sei die Vorlage bezüglich der Kosten sehr knapp gehalten. An der Entscheidung werde sich aber nichts ändern. Es wäre ein schlechtes Signal, wenn der Ausschuss für Bildung und Kultur den Antrag ablehnen würde.

Der Vorsitzende sagt, das Thema Inklusion sei in der Vorlage dargestellt. Die BayernSPD Landtagsfraktion habe sich eindeutig positioniert. Der erste Punkt lautet: „Keinen Aus- und Neubau von Förderschulen...“. Der Vorsitzende denkt, dass es für die Beschulung der Sonderpädagogischen Förderzentren ein Vorteil wäre, verpflichtend eine gebundene Ganztageschule zu haben, nicht für alle Schüler, aber für einen nicht unwesentlichen Teil.

Die Schwierigkeit sei, zu investieren und dabei nicht zu wissen, wie ernst das Thema Inklusion und die Situation bei den Übertrittsquoten sei.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Mittermaier spricht sich dafür aus, den Grundsatzbeschluss zu fassen.

Schulleiterin Bolay sagt, sie wisse vom Inklusionsgedanken. Das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus habe zwei Gestaltungsmöglichkeiten vorgegeben. Sie stellt fest, die Schüler brauchen diese Förderung.

Kreisrat Dr. Bauer denkt, die Argumente von Schulleiterin Bolay seien nachvollziehbar. Das Projekt sei bis 2013 angelegt. Er denkt, dass die Einführung der gebundenen Ganztagesbetreuung auch im nächsten Jahr noch möglich sei. Er denkt, dass die staatliche Zuweisung von zwölf Lehrerstunden und 6.000 € für die Beschäftigung externer Kräfte je Ganztagsklasse und Schuljahr bestehen bleiben wird und nicht nur eine Anschulfinanzierung sei.

Der Vorsitzende sagt, bei der gebundenen Ganztagesesschule müsse der Freistaat als der zuständige Träger die Lehrerstunden gewährleisten, bzw. die Schulleiterin, Frau Bolay sie einteilen. Die entsprechenden Richtlinien liegen vor und seien seines Wissens nicht zeitlich begrenzt. Der Sachaufwandsträger habe bei einem Ganztagesbetrieb 5.000 € je Ganztagesklasse und Schuljahr an die Reg. v. Obb zu entrichten und für die Bereitstellung der Räumlichkeiten zu sorgen. Diese Mittel müssen im Haushalt des Landkreises eingestellt werden.

Kreisrat Dr. Bauer denkt, wenn zum Schuljahr 2010/2011 mit der 6. Klasse begonnen würde, werden zunächst keine zusätzlichen Räume benötigt. Er fragt, welche Vorlaufzeiten es gebe und wie flexibel die Schule sei.

Schulleiterin Bolay sagt, wenn das Einverständnis erteilt wird, werde im September die gebundene Ganztagesbetreuung eingeführt. Sie müsse morgen Rückmeldung geben, wie heute der Beschluss gefasst worden sei. Das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus entscheidet dann, welche Schulen den Zuschlag bekommen werden.

Kreisrätin Eichinger hält die Entscheidung, von der offenen in die gebundene Ganztagesbetreuung zu gehen, für sinnvoll. Die Akzeptanz der Eltern sei gegeben. Die Schülerzahlen werden sicher immer wieder schwanken. Das Angebot entspricht dem, was an Mittelschulen auch angeboten wird.

Der Vorsitzende sagt, die Mittelschulen haben nichts mit der gebundenen Ganztagesesschule zu tun.

Kreisrätin Eichinger denkt, der Raumbedarf hänge nicht ausschließlich mit der gebundenen Ganztagesesschule zusammen.

Der Vorsitzende erklärt, die Einführung der gebundenen Ganztagesesschule heißt, dass ein zusätzlicher Raumbedarf erforderlich sei. Er möchte nicht nachher die Diskussion, dass dies nicht bekannt gewesen sei. Bei der gebundenen Ganztagesesschule gebe es den verpflichtenden Unterricht von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr. Zudem widerspricht die Einführung der Aussage der BayernSPD Landtagsfraktion, keine Aus- und Neubauten von Förderschulen durchzuführen.



Schulleiterin Bolay sagt, die gebundene Ganztageschule werde für eine Jahrgangsstufe angeboten.

Kreisrat Peis denkt, er sei missverstanden worden. Die gebundene Ganztageschule sei sinnvoll. Die Entwicklung liege ihm schon am Herzen. Es sollte aber zunächst ein Konzept erarbeitet werden. Nach dem Schreiben des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sei es egal, ob die Umsetzung heuer oder im nächsten Jahr sei. Wenn die Umsetzung bereits heuer ohne Konzept erfolgen würde, würde sie eingeführt ohne zu wissen, welche Folgen der Beschluss habe. Er möchte nicht gerne Dinge beschließen, ohne von den Folgekosten zu wissen. Dazu sehe er sich nicht in der Lage.

Kreisrat Oberhofer sagt, wenn das Thema nicht so ernst wäre, sei der Antrag der SPDBayern Landtagsfraktion schon fast absurd, wenn die Einführung eines Elternwahlrechts gefordert wird. „Es sollen die Eltern wählen können, auf welche Schule ihr Kind geht ...“.

Er fragt, ob es nicht geschickter wäre, in Lehrerstunden, etc. zu investieren als in Baulichkeiten. Er gibt Kreisrat Peis schon Recht, es sei keine Eile geboten, eine Entscheidung zu treffen, ohne die Kosten, etc. zu wissen.

Kreisrätin Eichinger denkt, in den letzten Jahren sei die Entwicklung so gewesen, dass die Schülerzahlen an den Förderzentren etwa gleich geblieben seien.

Der Vorsitzende sagt, damit widerspricht Kreisrätin Eichinger Punkt 3 des Antrages der BayernSPD Landtagsfraktion: „Einführung des Elternwahlrechts“. Wenn die Eltern das Bildungsangebot an den Sonderpädagogischen Förderzentren nicht mehr wahrnehmen, werden die Gebäude nicht mehr gebraucht. Mit dem jetzigen Raumprogramm sei das Ganztagsangebot übergangsweise mit einer Klasse nur für ein Jahr möglich.

Kreisrat Dr. Bauer fragt, bis wann eine Entscheidung an die Reg. v. Obb zu erfolgen habe. Er denkt, es könne nur eine Empfehlung an den Kreistag geben.

Der Vorsitzende betont, der Antrag sei bereits unterzeichnet und gemeinsam mit der Schulleiterin Frau Bolay eingereicht worden, weil zum Zeitpunkt 14.04 keine Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur stattgefunden habe. Aufgrund des Beschlusses sei der Antrag vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Bildung und Kultur gestellt worden. Der Vorsitzende denkt, es werde immer Kinder geben, die unabhängig von der Inklusion einen besonderen Förderbedarf haben werden. Es stellt sich die Frage, ob das Elternwahlrecht dazu sinnvoll sei, wenn ein Kind den Schultyp bräuchte und die Eltern eine andere Schulart wählen. Diese Sorge sei jetzt schon, denn es sei festzustellen, dass 50 % der Schüler am Gymnasium kein Abitur machen. Es stellt sich auch hier die Frage, ob es für diese Schüler der richtige Schultyp gewesen sei.

Kreisrat Fischer sagt, dass der Antrag gestellt worden sei, sei richtig. Es seien sich alle einig, dass die gebundene Ganztageschule gewünscht werde. Die Frage nach den Kosten sei jedoch begründet. Bei der Einführung

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

zum Schuljahr 2010/2011 würden keine Investitionskosten entstehen. Insofern stellt sich die Frage, ob die Ganztagesbetreuung bereits heuer eingeführt werden sollte, wenn sie ohnehin gewollt sei und heuer kein Investitionsbedarf sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es im nächsten Jahr dann keinen Entscheidungsspielraum mehr gebe. Die Folgeinvestitionen müsse der Landkreis dann leisten.

Kreisrat Peis wünscht vor einer Zustimmung ein entsprechendes pädagogisches Konzept und eine Kostenschätzung. Er denkt, eine spätere Umsetzung sei sinnvoller und verantwortbarer, als ad hoc eine Entscheidung zu treffen.

Daraufhin formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss empfohlen:

1. Der Aufbau eines gebundenen Ganztagszuges an der Katharina-Fischer-Schule in Erding wird grundsätzlich positiv unterstützt.
2. Der Architektenauftrag zur Grundlagenermittlung (Erstellung des Raumprogramms, Beschreibung der anstehenden Baumaßnahmen sowie Flächen- und Kostenermittlung) ist unverzüglich zu vergeben.

Kreisrat Dr. Bauer sagt, bis zur Kreistagssitzung sollte eruiert werden, welche Kosten auf den Landkreis zukommen werden.

Kreisrätin Parthier fragt, nachdem der Antrag bereits gestellt worden sei, ob nicht jeder Antrag bewilligt werde. Es sei wichtig, den Beschluss so zu fassen, dass er weiter aufrechterhalten werde.

Schulleiterin Bolay befürchtet, wenn der Vorbehalt bleibe, dass das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus dem Förderzentrum für das kommende Schuljahr keine gebundene Ganztagesbetreuung genehmigen wird.

Der Vorsitzende sagt, der Beschluss mindert den Antrag nicht und stärkt ihn auch nicht. Er betont, die Ausschussmitglieder können nur einen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag geben.

Kreisrat Fischer empfiehlt, das Wort „unterstützt“ in „befürwortet“ zu ersetzen und im Beschlussvorschlag b) und c) zu streichen.

Daraufhin formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschluss:

ABiKu/0020-14

Dem Kreistag wird folgender Beschluss empfohlen:

1. Der Aufbau eines gebundenen Ganztagszuges an der Katharina-Fischer-Schule in Erding wird grundsätzlich befürwortet.
2. Der Architektenauftrag zur Grundlagenermittlung (Erstellung des Raumprogramms, Beschreibung der anstehenden Baumaßnahmen sowie Flächen- und Kostenermittlung) ist unverzüglich zu vergeben.



Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

4. Bekanntgaben und Anfragen

4.1 Sicherheit an Schulen

Kreisrätin Parthier berichtet, als die Meldung im Radio gekommen und der Hubschrauber gekreist sei, dass ein Strafgefangener entkommen sei, sei sie gerade zum Schulschluss an der Schule gewesen. Für sie sei die Situation besorgniserregend gewesen, zumal ihr alle Schüler berichtet haben, dass keine Informationen gegeben worden sind. Sie möchte die Anregung geben, denn es sei nicht auszuschließen, dass etwas hätte passieren können. Sie fragt, ob es an den landkreiseigenen Schulen ein Vorwarnsystem gebe.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, es sei Aufgabe der Schulleitung, entsprechende Meldungen zu geben.

Kreisrat Mittermaier berichtet, dass es ein Sicherheitskonzept an den Schulen gibt, das jedes Jahr aktualisiert wird.

Kreisrat Biller denkt, wenn der Ausbruch in Zusammenhang mit einer möglichen Gewalteinwirkung an Schulen gewesen wäre, hätten die Schulen sicher einen Hinweis bekommen. Es sei ein Häftling gewesen, der entkommen sei. Eine Meldung an die Schulen sei deshalb nicht notwendig gewesen.

Der Vorsitzende denkt, die Aussage des ehemaligen Schulamtsleiters und Kreisrats Mittermaier sei ausschlaggebend, dass es an den Schulen entsprechende Konzepte gebe. Die Anregung werde an die Schulleitungen weiter gegeben. Das Landratsamt und auch die politischen Gremien haben jedoch keine Zuständigkeit.

Kreisrat Fischer denkt, die Anfrage hätte an die Justiz und Polizei gerichtet werden sollen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur um 17.50 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte